

Haushaltsrede zur Einbringung des Haushalt 2016

Von Bürgermeisterin Sabine Preiser-Marian

am 24. November 2015

Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtverordneten,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung,
sehr geehrte Vertreter der Medien,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir sind wieder einen Schritt weiter und können richtig stolz auf das Geleistete sein. Wir haben unsere Konsolidierungsmaßnahmen eingehalten und schreiten in der Haushaltssicherung weiter voran.

Im Laufe meiner kurzen Amtszeit; ist dies die erste Einbringung des Haushaltes und gleichzeitig meine erste große Amtshandlung. Der Entwurf baut auf, auf der Arbeit, die Sie, meine Damen und Herren Stadtverordneten, zum Doppelhaushalt 2014/2015 mit HSK bis 2025 gemeinsam mit der Verwaltung geleistet haben und gilt als Basis für die weiteren Beratungen.

Was Sie mit unserer Unterstützung erarbeitet und einmütig verabschiedet haben, hält; vorausgesetzt, die von uns nicht beeinflussbaren äußeren Faktoren lassen uns nicht wieder im Stich.

Während noch 2015 in der Ertragsplanung die Aufwendungen die Erträge um gut 4,5 Mio. € überstiegen, wird das Defizit am Jahresende mit hoher Wahrscheinlichkeit um rund. 781 T € geringer ausfallen.

Wir setzen diesen Weg der Konsolidierung konsequent fort und wollen den Fehlbedarf 2016 gegenüber den bisherigen Planungen nochmals auf rd. 4,3 Mio. € verringern.

Aus heutiger Sicht können wir also weiterhin ab 2022 eine schwarze Null schreiben. Ganz wichtig ist dabei, dass uns dies ohne zusätzliche, zu den bereits im Jahr 2014 geplanten Steuererhöhungen, gelingt und wir somit zurzeit keine weiteren Steuererhöhungen vornehmen müssen- vorausgesetzt die Kreisumlagediskussion beschert uns keine weiteren Mehraufwendungen.

Bei der erstmaligen Aufstellung des HSK wurden Steuererhöhungen in den Jahren 2016, 2019 und 2022 vorgesehen und mit der Politik, also mit Ihnen, abgestimmt. Erste Planungen für den Haushalt 2016 sahen vor, diese Steuererhöhungen über das festgelegte Maß hinaus zu erhöhen.

Erfreulich ist, dass wir gleichzeitig unsere Ziele, wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bedarfsgerechte Infrastruktur, Stadtentwicklung, etc. nicht aus den Augen verloren haben und, wenn auch nur mit kleinen Schritten, vorankommen.

An dieser Stelle gilt mein Dank allen, die mit Ausdauer und Engagement hierzu beigetragen haben, sei es bei den Beratungen in den Gremien und in der Verwaltung. Aber auch jedem einzelnen engagierten Einwohner und den Aktiven in den Vereinen. Dass wir das geschafft haben, ist eine Gemeinschaftsleistung vieler Beteiligter, auf die wir stolz sein können.

Lassen Sie mich vor den Herausforderungen etwas zu den Grundlagen unserer Stadt sagen, auf die wir aufbauen:

Bad Münstereifel ist eine gute Stadt, vor allem eine funktionierende Stadt. Wir sind in Bad Münstereifel ja gerne bescheiden und das selbst dann, wenn es sich um die tragenden Säulen kommunaler Leistungen handelt. Wir haben ein funktionierendes dreigliedriges Schulsystem und sind Hochschulstadt. Wir besetzen mit dem City-Outlet eine gute Position im Einzelhandel. Dazu haben wir äußerst attraktive Lebensbedingungen durch große Grünflächen, die Kur und den Badstatus. Wir bieten eine hohe Qualität in den Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten, z.B. mit unseren Fahrrad- und Wanderwegen. Der Mix aus diesem Angebot ist es, was auch immer mehr Menschen und viele Touristen in die Stadt zieht.

Und nun zu den Herausforderungen:

Neben dem Ausbau des Tourismus (Stichwort: NET), der Nachhaltigkeit unseres neuen Einzelhandelsangebots (Stichwort: City Outlet), dem Ausbau unseres Gewerbes (Stichwort: nördliche Vorstadt), dem Breitbandausbau, der Schaffung attraktiven Wohnraumes (Stichworte: Lückenbebauung und Neubaugebiete) und den Auswirkungen des Demografischen Wandels (Stichwort: Infrastruktur), sind die zunehmenden Flüchtlingsströme eine große Herausforderung, die auch die Stadt Bad Münstereifel wie viele andere Kommunen an ihre Grenzen bringt.

Es wird zunehmend deutlich, dass Bund, Länder und Kommunen durch diese Problematik überfordert werden, für die nicht die asylsuchenden Menschen verantwortlich sind oder gar verantwortlich gemacht werden können. Wir müssen vielmehr diese gesamtstaatliche Herausforderungen europäisch und auf Bundes- und Landesebene angehen. Das heißt für mich:

1. Die Flüchtlinge müssen gerechter auf alle europäischen Staaten gemäß derer sozialen und wirtschaftlichen Möglichkeiten und Kapazitäten verteilt werden.
2. Die Bundesregierung muss die personelle Ausstattung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge so anpassen, dass Anträge schneller und unter Beachtung rechtstaatlicher Prinzipien bearbeitet werden können.
3. Die Bundesregierung muss die Bundesländer finanziell so ausstatten, dass diese die Städte und Gemeinden finanziell ausreichend ausrüsten können, damit diese vor Ort eine vernünftige Integrationsarbeit und Betreuung durchführen können. Ein Dach über dem Kopf ist wichtig, aber alleine zu wenig.
4. Die Landesregierung NRW muss die Kosten des Bundes auch vollständig an die Kommunen weiterleiten. Es ist vollkommen inakzeptabel, dass bisher in NRW nur ein Teil der anfallenden Kosten durch das Land erstattet wurden, während in anderen Bundesländern nahezu 100% der Kosten übernommen werden.
5. Wir müssen als Kommunen früher mit den Sprach- und Integrationskursen beginnen können. Dafür brauchen wir bessere Regelungen der Kostenübernahme. Es kann und darf nicht sein, dass wir erst nach einem ein- bis zweijährigen Anerkennungsverfahren mit diesen Kursen beginnen können – insbesondere bei den Menschen, die mit nahezu 100% Wahrscheinlichkeit einen genehmigten Asylantrag bekommen – weil sonst die Kosten nicht übernommen werden.

Wir als Kommunen und insbesondere unsere Bürgerinnen und Bürger sind vor Ort gefordert, eine echte Willkommenskultur zu leben und unsere neuen Nachbarn – ob für wenige Monate oder viele Jahre – willkommen zu heißen und in unsere Stadt und unseren Dörfern aufzunehmen.

An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich das große Engagement der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, aber auch meiner Kolleginnen und Kollegen – besonders aus dem Sozialamt, dem Ordnungsamt und dem Zentralen Gebäudemanagement - loben. Ich bin stolz auf diese Menschen, die ehrenamtlich oder hauptamtlich daran mitwirken, dass wir in den letzten Monaten die bisherigen Herausforderungen gemeistert haben.

Ab 2016 wird es darum gehen, Projekte der Stadtentwicklung anzustoßen und in konkrete Planungen zu gießen und vielleicht auch das eine oder andere Projekt zu beginnen. Hierbei geht es um die Vernetzung städtebaulicher und sozialer Aspekte für eine zukunftsweisende Entwicklung unserer Stadt.

Verwaltungsorganisatorisch strebe ich im Jahr 2016 die Konzeptionserstellung für die Weiterentwicklung bzw. Neuaufstellung in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing, Bürgerbeteiligung sowie die Begleitung des Ehrenamtes und Tourismus an.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtverordneten, lassen Sie uns auch bei der Umsetzung unserer Pläne konsequent bleiben. Das ist der anspruchsvolle Teil. Erst wenn wir auch dies meistern, werden wir unserer Verantwortung wirklich gerecht.

Die Belastungen, die auch wir heute gemeinsam als Bürger unserer Stadt tragen – seien es Steuererhöhungen oder Abstriche beim Service durch Personalabbau in der Stadtverwaltung – sind es mit Blick auf die nachfolgenden Generation wert, getragen zu werden.

Deshalb bitte ich Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, den Stadtverordneten den Rücken zu stärken, wenn sie schwierige Entscheidungen zum Haushalt treffen. Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung brauchen ihr

Verständnis und ihre Unterstützung. Ich erwarte von uns allen eine weitere Konsolidierungspolitik bei der auch Parteienstreit keine Rolle spielen darf.

Die Gemeindeordnung gibt uns als Ordnungsvorschrift vor, die vom Rat beschlossene Haushaltssatzung 2016 bis zum 30. November anzuzeigen, damit die Aufsichtsbehörde das Prüfverfahren vor Beginn des neuen Haushaltsjahres abschließen kann. Dies wird uns auf Grund der Bürgermeisterneuwahl in diesem Jahr nicht mehr gelingen.

Das erwartete Ziel ist eine Verabschiedung im 1. Quartal des kommenden Jahres, so dass die Haushaltssatzung nach Möglichkeit noch in der ersten Jahreshälfte Rechtskraft erlangen kann. Zukünftig soll dann der Grundsatz wieder Beachtung finden und die Haushaltssatzung zum Jahresbeginn in Kraft treten.

In diesem Sinne freue ich mich auf die Beratungen in den nächsten Wochen, in die ich auch gerne intensiv und ausführlich einsteige und stehe Ihnen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für Fragen jederzeit zur Verfügung.

Abschließend danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Kämmerei, die den vorliegenden Haushaltsentwurf erarbeitet haben.

- Es gilt das gesprochene Wort –